



Zeitung des Stadtverbandes Schwedt der Partei

DIE LINKE.

Nr. 06/2016

Bundesparteitag in Magdeburg

Vom 28.05- 29.05 2016 tagte in Magdeburg die 1. Tagung des 5. Parteitages DER LINKEN. Im Mittelpunkt standen die Vorbereitung auf den Bundestagswahlkampf 2017 und die Wahlen eines neuen Parteivorstandes. An dieser Stelle einige 1. Eindrücke vom Bundesparteitag wie er aus den Medien zu entnehmen war. Gregor Gysi hatte bereits im Vorfeld mit seiner Kritik an Parteivorstand und Fraktion, ob gewollt oder

Interesse der Medien auf den Bundesparteitag gerichtet. Er selbst nahm dann aber nicht mehr am Parteitag teil. Es stellt sich für mich schon die Frage, ob wir es uns wirklich leisten

können, einen Politiker wie Gregor Gysi einfach aufs Abstellgleis zu schieben, nur weil er uns zu unbequem geworden ist. Wie in den Medien ausführlich berichtet wurde, ist es zu Beginn des Par-



Aus dem Inhalt:

Bundesparteitag	S.1
Waffen statt Kinderlachen?	S.2
SVV Schwedt	S.3
Mindestlohn	S.3
Bündnis f. gute Arbeit	S.4
HartzIV-Änderung	S.4
Inkontakt und Gartenfest	S.5
Termine	S.6

teitages zu einem tätlichen Angriff auf die Fraktionsvorsitzende Sahra Wagenknecht gekommen. Ihr wurde eine Torte ins Gesicht geworfen. Zu der Aktion bekannte sich eine "Antifaschistische Initiative Torten für Menschenfeinde". Auf einem Zettel begründeten sie ihre Tat. Sahra ist für diese Initiative eine Gallionsfigur, ihre Aussagen zu Kapazitätsgrenzen und Grenzen der Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung seien

dabei nur die Spitze des Eisberges. Katja Kipping und Bernd Riexinger distanzieren sich scharf von dieser Tat, die auch mich entsetzt hat und bekundeten ihre Solidarität mit Sahra. Mit dieser Form der Gewalt hat sich die Antifaschistische Initiative selbst auch keinen Gefallen getan. Sahra war am Nachmittag wieder vor Ort. Unser Parteivorsitzende Bernd Riexinger hatte in seiner Rede von einer Politik des Aufbruchs gesprochen, eine soziale Revolution der Gerechtigkeit ist erforderlich, Bekämpfung der Altersarmut, schrittweise Erhö-

Fortsetzung Seite 2

Soft- und kraftlos

Während sich viele Spitzenpolitiker unserer Partei damit abfinden müssen, dass sie kaum jemand kennt, sieht das bei Gregor Gysi anders aus, ihn kennt fast jeder. Er hat sich aus der führenden Position zurückgezogen, nicht aber aus der Politik. Und das ist auch gut so. Ihm hören die Bürger zu. Herbe Verluste bei den letzten Landtagswahlen, das Erstarren der AfD vor dem Einstieg in den nächsten Bundestagswahlkampf geben ihm zu denken. Kurz vor dem Bundesparteitag DER LINKEN in Magdeburg rückte Gregor Gysi mit seiner heftigen Kritik an Partei- und Fraktionsspitze heraus. Unsere Partei sei soft- und kraftlos. Im Bund vermitteln wir den Eindruck nicht in die Regierung zu wollen sagte er u.a. in einem Gespräch mit dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (RND). Warum auf diese Art? Warum dieser Angriff über die Presse. Gibt es für ihn keine anderen Möglichkeiten? Der beste Weg ist es jedenfalls nicht. Die Antworten lassen auch nicht lange auf sich warten. „Uns kann er nicht meinen, wir sind voll motiviert“, so Bernd Riexinger. Auch Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch weisen wie erwartet die Vorwürfe entschieden zurück. Können oder wollen unsere führenden Genossen an der Spitze der Partei nicht mehr mit Gregor Gysi reden? Nach dem Parteitag in Magdeburg mag man das fast glauben. Am Parteitag selbst hat Gregor nicht teilgenommen, wozu auch, es ist ja alles gesagt?!; medienwirksam noch dazu. In meinem Fall hat er jedenfalls Recht, bei solcher Art von Auseinandersetzungen fühle ich mich echt soft- und kraftlos.

Sylvia Anklam

hung des Mindestlohnes auf 12, -€, eine Mindestsicherung von 1050 €, waren einige seiner Forderungen. Die Auseinandersetzung mit der AfD als die schlimmste neoliberale Partei Deutschlands muss weiter fortgeführt werden. Beeindruckend und ehrlich für mich die Rede von Susanne Hennig-Welsow, Landesvorsitzende und Fraktionsvorsitzende in Thüringen, die für den erkrankten Bodo Ramelow, Ministerpräsident in Thüringen, sprach. Sie machte klar, dass ihr viele Antworten zur Politik DER LINKEN zu einfach sind. Ja, sie haben auch in Thüringen Fehler gemacht. Aber auch gerade in Thüringen wurde eine Flüchtlingspolitik der Willkommenskultur gepflegt an der sich der Ministerpräsident persönlich beteiligte. Ja, auch Thüringen muss abgeschoben, genauso wie auch Brandenburg unter Rot-Rot. Auch wenn alles getan wird um Abschiebungen zu verhindern. Susanne machte deutlich, dass Regierungspolitik Mut zu Entscheidungen braucht. Das Antworten gefunden werden müssen. Aber wenn wir Veränderungen wirklich wollen, muss linke Politik alles ausreizen auch die Verantwortung in der Regierung. Susanne bekam für ihre Ausführungen lang anhaltenden Beifall von den Delegierten

aber auch Gegenreden fehlten nicht, insbesondere hinsichtlich zugelassener Abschiebungen von Flüchtlingen. Regierungsbeteiligungen sind ohnehin ein ewiger Streitpunkt DER LINKEN. Katja Kipping hatte sich im Interview der taz auch zur Frage der Regierungsbeteiligung geäußert. „Wir haben schon 2013 klargemacht, dass wir bei Rot-Rot-Grün dabei sind, wenn Selbstverständlichkeiten erfüllt sind: keine Sozialkürzungen, keine Kriegseinsätze und wenn es wirkliche Verbesserungen gibt wie eine Millionärssteuer, sanktionsfreie Mindestsicherung und gute Renten. An uns liegt es nicht. Eine Linksregierung ohne Rückhalt in der Gesellschaft wird wenig ändern können. Deshalb kämpfen wir für gesellschaftliche Mehrheiten und wollen Kristallisationspunkt des Lagers der Solidarität werden. Das wird nicht gelingen, wenn wir uns in vorseilendem Gehorsam anpassen und mit SPD und Grünen Kaffeekränzchen machen.“ Diese Bedingungen bekräftigte sie auch in ihrer Rede auf dem Parteitag. Noch am Sonnabend erfolgten die Wahlen der beiden Parteivorsitzenden, der Stellvertreter, des Bundesgeschäftsführers und des Bundesschatzmeisters. Unsere Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger wurden mit einem Er-

gebnis von 74% bzw. 78,5% wiedergewählt. Thomas Nord erreichte mit 72% als Bundesschatzmeister ein recht gutes Ergebnis im Vergleich zur letzten Wahl. Am Sonntagnachmittag kurz vor Ende des Parteitages hatte Sahra Wagenknecht ihren großen Auftritt. Brillant wie immer, setzte sie sich mit der AfD auseinander. Klar und deutlich machte sie jahrzehntelange neoliberale Politik der Regierungsparteien mit ihrer Alternativlosigkeit als die wesentlichste Ursache für das Erstarken der AfD verantwortlich. Einer Koalition mit der SPD erteilte sie eine klare Absage. Absurd nur daran zu denken. Auch ein Schwächeln der LINKEN kann Sahra nicht erkennen. Mit ihrer leidenschaftlichen Rede erhält sie viel Beifall von den Delegierten und erteilt sogleich Gregor Gysi mit seiner Kritik eine klare Absage. Zu den Inhalten des Bundesparteitages gibt es sicher noch viel Diskussionsbedarf. Unser Stadtverband wird am 24. Juni eine Mitgliederversammlung zum Bundespartei durchzuführen. Da wir keinen eigenen Parteitagdelegierten haben, wird Gabi Brandt aus Prenzlau mit uns diskutieren und Fragen beantworten.

Sylvia Anklam

Anke Domscheit-Berg kandidiert für den Bundestag

Die frühere Landesvorsitzende der Brandenburger Piratenpartei, Anke Domscheit-Berg, möchte für DIE LINKE in den Bundestag einziehen. Sie wird sich deshalb für ein Direktmandat im Wahlkreis 60 (Brandenburg an der Havel, PM, HVL, TF) und auch für einen Listenplatz auf der Landesliste der LINKEN bewerben. Das gab Christian Görke am Montag auf einer gemeinsa-

men Pressekonferenz mit Domscheit-Berg bekannt.

"DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich konsistent für Themen einsetzt, die mir besonders wichtig sind: wirkliche soziale Gerechtigkeit, unverhandelbare Grundrechte wie das Recht auf Asyl oder die Gleichberechtigung von Männern und Frauen - über die Theorie hinaus - sowie ein zuverlässiger Kampf

gegen den Überwachungsstaat und seine Geheimdienste", sagte Domscheit-Berg. "Sie gilt als profunde Kennerin internationaler Wirtschaftsbeziehungen und hat sich sehr klar für die Gleichstellung von Frauen in führenden Wirtschaftspositionen ausgesprochen", sagte unser Landesvorsitzender.

*Andreas Bernig, DIE LINKE.
Brandenburg in Aktion, Newsletter
21/2016*

Waffen statt Kinderlachen?

Hurra, Deutschland war 2015 wieder Exportweltmeister. Zur Zeit werden wir zwar etwas von China bedrängt, aber: Wir sind die Größten, das steht fest! Einen neuen Beleg dafür, dass wir die Größten sind, liefern jüngste Auszüge

aus dem Entwurf des „Weißbuch“, welches noch vor der Sommerpause erscheinen soll. Gemäß dem letzten Weißbuch (2006), hat die Bundeswehr den Auftrag, "die außenpolitische Handlungsfähigkeit zu sichern". Das

Buch analysiert die sicherheitspolitische Gesamtlage, um daraus Konsequenzen für die Ausrichtung der Bundeswehr zu ziehen. Die Frankfurter Allgemeinen Zeitung zitiert nun aus dem neuen Ent-

Fortsetzung Seite 3

wurf: Deutschland sieht sich zukünftig als „aktive Gestaltungsmacht“ und sei innerhalb der EU ein „zentraler Akteur“. Da passt die geplante Ausdehnung der NATO nach Osten doch genauso perfekt, wie die Tatsache, dass Deutschland beim Export von Rüstungsgütern und Waffen ganz vorn mitspielt. Welche Rolle spielt da schon die Tatsache, dass wir damit Kriege in Krisengebieten unterstützen?

Wir wundern uns nur, wenn dann Menschen aus ihrer Heimat vor dem Einsatz auch deutscher Waffen fliehen und in Deutschland um humanitäre Aufnahme bitten. Lange nicht so „groß“

sind wir Deutschen allerdings beim Wissen unserer Schülerinnen und Schüler. Im mathematischen Bereich bringen 17 % der Schüler/innen nur schwache und sehr schwache Leistungen. Für manche Kinder und Jugendliche werden selbst einfache Aufgaben zum unlösbaren Problem. Besonders jene, die aus ärmeren und eher bildungsfernen Elternhaus stammen, haben ein höheres Risiko. Von der sozio-kulturellen Teilhabe ausgeschlossen, weisen diese Kinder häufiger Defizite hinsichtlich ihres Spiel- und Arbeitsverhaltens, ihrer Sprachkompetenz und ihrer Einbindung in soziale Netzwerke auf. Durch den

Ausbau einer qualitativ hochwertigen Betreuungsinfrastruktur und durch kostenfreie Bildung und Betreuung, von der Kindertagesstätte bis zur Universität, könnten die unterschiedlichen Chancen der Kinder vermieden werden. Das kostet Geld! Geld, welches wir beispielsweise bei der Ausstattung der Bundeswehr für die Auslandseinsätze einsparen könnten, um es für Arbeitsplätze im Sozialwesen und in der Bildung einzusetzen. Hier sollte Deutschland größer werden!

Wir LINKEN wollen **Kinderlachen statt Waffen!**

Heidi Hartig

Aus der Arbeit der SVV-Fraktion

Es wird Sommer und wir Stadtverordneten bereiten uns auf die 2. Sitzung in diesem Jahr vor.

Wieder gibt es eine Reihe von Vorlagen zu bearbeiten und die Sorgen der Bürger den Behörden nahe zu bringen. Dabei ist der Umfang der Vorlagen mit insgesamt 12 an der Zahl sehr begrenzt. Zu den wichtigsten Vorlagen gehören die Satzung zur Winterwartung der öffentlichen Straßen der Stadt Schwedt und ihrer Ortsteile und die Gebühren über die Straßenreinigung. Das sind berechnete regelmäßige Anpassungen, die die Abrechnungen des letzten Winters berücksichtigen und ausgleichen. Der positive Gesamtabschluss der Stadt Schwedt für das Jahr 2014 liegt zur Abstimmung vor, sowie die Gebührensatzung der Volkshochschule. Neben der Aufstellung des Bebauungsplanes „Barrierefreie Bahnüberquerung am ehemaligen Haltepunkt Schwedt – West als Ersatz für eine Fußgängerbrücke“, ist der interessanteste Tagesordnungs-

punkt der Grundsatzbeschluss zur weiteren Entwicklung des Standortes Lindenallee 25 – 29, ehemaliges Rathaus der Stadt Schwedt/Oder. Lange wurde um diesen Gebäudekomplex gestritten. Das Ergebnis der Diskussion gipfelte in dieser Vorlage, die empfiehlt das Rathaus abzutragen und der WOBAG Schwedt eG zu übergeben, die dort Wohngebäude errichten will. Dabei ist noch zu klären, was mit dem Standesamt und den Kunstobjekten (Tür usw.) geschehen wird. Wo werden die Stadtverordnetenversammlungen stattfinden? Muss man sich in Fremdoobjekten kostenpflichtig einmieten? Der Erhalt des Rathauses wird als unwirtschaftlich mittlerweile von allen Spezialisten angesehen. Ob und in welchem Umfang die Kellerräume als historisch wertvoll erhalten bleiben ist noch unklar. In diesem Zusammenhang ist auch der Verkauf des Objektes in der Auguststraße 2 zu sehen. Dort haben derzeit die Fraktionen der SVV, der Landtagsabgeord-

nete Herr Bischoff, der Mieterverein, die Ausländerberatung und der Familienberatung ihren Sitz. Bis zum Dezember diesen Jahres muss geklärt werden, wie mit diesen Problemen umgegangen wird und wo wir alle verbleiben werden. Des Weiteren steht die Fortschreibung des Konzeptes „Jugend hat Zukunft“ langfristig an. Zum Dezember wurde den Jugendeinrichtungen gekündigt. Sie müssen sich mit einem neuen Konzept für die Weiterarbeit in ihren angestammten Räumen bewerben. Der Entwurf der Fortschreibung liegt uns noch nicht vor. Wie immer würden wir uns sehr über Anregungen zur Diskussion freuen. Die nächste öffentliche Fraktionssitzung findet am Montag, den 13.06.2016 um 17.00 Uhr im Fraktionszimmer (Auguststraße 2) statt. Die Stadtverordnetenversammlung ist für Interessenten auch immer öffentlich am 16.06.2016 um 16.00 Uhr, diesmal noch im Rathaussaal (501).

Bärbel Ramm

Mindestlohn und Bundestagsdiäten

Der unter großen Geburtswunden im Bundestag beschlossene Mindestlohn von 8,50 €/Stunde, der nicht allen arbeitenden gewährt wird, steht in der Tabelle der Mindestlöhne in den EU-Ländern am untersten Ende.

Wie das Statistische Bundesamt mit-

teilte, gab es vor Inkrafttreten des Mindestlohnes in Deutschland rund 5,5 Millionen Arbeitsplätze, für die weniger als 8,50 € pro Stunde gezahlt wurden. Von den rund 5,5 Millionen Geringverdienern erhielten aber nur 4 Millionen Anspruch auf den gesetzlichen

Mindestlohn. 1,5 Millionen unterbezahlten Arbeitenden verschiedener Kategorien wurde dieses Recht zum Vorteil ausbeutender Unternehmer nicht gewährt. Die Bundestagsabgeordneten, die ihrem Gewissen zufolge ihre Stimme für

Fortsetzung Seite 4

diese ausbeutungs-freundliche soziale Einschränkung gaben, schämten sich aber keineswegs, für sich eine Diätenerhöhung ab Juli zu beschließen, die jedem Abgeordneten im Bundestag eine Erhöhung von mindestens 245 € pro Monat sichert. Somit beträgt ihr Mindestlohn pro Monat 9.327 €. Auch die Abgeordneten des Landtages Brandenburg haben sich die Diäten um mindestens 232,81 € monatlich erhöht.

Die Hans – Böckler – Stiftung wies Ende Februar dieses Jahres in einer Studie nach, dass von den 22 EU – Ländern, die Mindestlohn zahlen, 16 Länder ihren Mindestlohn ab Jahresbeginn um durchschnittlich 4,6 % angehoben ha-

ben. Die BRD ist nicht dabei. Ihr Mindestlohn von 8,50 € liegt unter der Gehaltsuntergrenze der übrigen westeuropäischen Staaten. Dort gilt eine Minimalvergütung von mindestens 9€. In Frankreich beträgt der Mindestlohn 9,67 €. Aber hier gibt es auch klassenkampfbereite lohn- und gehaltsabhängige Werkstätige. In den Niederlanden sind es 9,36€. Selbst das arme Irland zahlt 9,15 € und Belgien 9,10 € Seinen Beschäftigten zahlt England umgerechnet 9,23 € Auch Australien zahlt den Beschäftigten zur Zeit 11,70 €.

Das reichste Land der EU, die BRD, verweigert Millionen arbeitenden Bürgern eine leistungsgerechte Entlohnung,

sichert aber den 10 % Reichen und Superreichen leistungslos millionenschwere Bezüge, wie die Dividenden der Banker, Konzernaufsichtsräten und Lobbyisten beweisen. Bleibt die eine Frage, warum sich die 90 % Ausgebeuteten nicht wehren und sich geduldig wie Leibeigene für ihren Gutsherren krümmen?

Eine Wirtschaftsordnung ohne Monopole und Privatbanken würde mehr Gerechtigkeit garantieren und Arbeitsleistungen vergüten, die allen zum Leben reichen.

Adolf Hoffmann

Mindestlohn-Gesetz muss nachgebessert werden

Zum Urteil des Bundesarbeitsgerichts über die Ausgestaltung des Mindestlohns erklärt der arbeits-marktpolitische Sprecher der LINKEN im Landtag, Dr. Andreas Bernig: Dieses Gerichtsurteil ist die Folge eines schlecht gemachten Gesetzes, es ist nicht im Sinne der Erfinder des Mindestlohns. Mit ihm wer-

den höchstrichterlich Strategien gebilligt, die Lohnuntergrenze zu umgehen, und das darf man nicht zulassen. Das Gesetz bedarf nun einer Nachbesserung: Alle Ausnahmen müssen abgeschafft und der Mindestlohn klar als Grundgehalt definiert werden. Sonderzahlungen und Zuschläge gehören von diesem

Grundgehalt getrennt. Alles andere ist Betrug an den abhängig Beschäftigten und erfüllt nicht die Ziele eines Mindestlohngesetzes: Dass alle von ihrer Arbeit leben können und Altersarmut verhindert wird!

Bündnis für Gute Arbeit gegründet

Am Mittwoch wurde das Brandenburger Bündnis für Gute Arbeit gegründet. Unter der Federführung von Diana Golze setzt die Landesregierung gemeinsam mit Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Kammern und der Bundesagentur für Arbeit ein zentrales Ziel des Koalitionsvertrages um. Die Partner verständigten sich auf Handlungsschwerpunkte zur Förderung und Sicher-

ung von guter Arbeit in Brandenburg. Diana Golze sagte: „Unser Ziel sind gute und sichere Arbeitsplätze. Dazu gehören eine existenzsichernde Bezahlung, Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, hohe Standards beim Arbeitsschutz und altersgerechte Arbeitsbedingungen. Die arbeitspolitische Gremienarbeit, die in Brandenburg seit vielen Jahren erfolgreich funktioniert,

soll unter dem neuen Dach ‚Bündnis für Gute Arbeit‘ noch stärker auf dieses Ziel fokussiert werden. Gute Arbeit ist zudem eine Frage sozialer Gerechtigkeit. Es geht dabei auch um Teilhabe sowie um Anerkennung der Leistungen der Menschen.“

DIE LINKE. Brandenburg in Aktion | Newsletter 19/2016 | 13. Mai 2016

Koalition kippt Hartz IV Kürzungen

Koalition kippt geplante Hartz IV-Kürzungen für Kinder von Alleinerziehenden: Protest der Verbände und der LINKEN wirkt. Nach massiver Kritik an den geplanten Kürzungen für Kinder von Alleinerziehenden kippt die Koalition die geplante Verschärfung aus dem Gesetzentwurf zu Rechtsvereinfachungen bei Hartz IV. Dazu erklärt Katja

Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE:

Der Protest der Verbände und der LINKEN wirkt. Darüber freuen wir uns. Auch wenn Ministerin Nahles eine völlig unnötige soziale Grausamkeit im letzten Moment gestrichen hat, hat der Gesetzentwurf nichts mit Rechtsvereinfachungen zu tun, sondern ist ein

Rechtsverschärfungsgesetz auf Kosten der Betroffenen. Die SPD sollte nunmehr das gesamte Rechtsverschärfungsgesetz zurückziehen. Für Rechtsvereinfachungsvorschläge, die die Rechte der Betroffenen stärken und Bürokratie abbauen, steht DIE LINKE zur Verfügung. Natürlich sind Betroffeneninitiativen

Fortsetzung Seite 5

und Wohlfahrtsverbände bei der Erarbeitung einzubeziehen. Für DIE LINKE gilt: Hartz IV muss weg, eine sanktions-

freie, individuelle Mindestsicherung sowie eine Kindergrundsicherung für alle Kinder und Jugendlichen müssen her.

Die LINKE Bundestagsfraktion,
Newsletter, 03.06.2016

Brandenburg wird Berliner Geflüchtete unterbringen

Brandenburg wird 1.000 Geflüchtete aus Berlin in seinen eigenen Erstaufnahmeeinrichtungen unterbringen. Darauf haben sich die Chefs der Berliner Senatskanzlei und der Brandenburger Staatskanzlei in Grundzügen geeinigt. Demnach wird Berlin die Kosten übernehmen. Ob dies über eine Pauschale

geschieht oder etwa ein Betreibermodell, steht noch nicht fest. Auch andere Details, beispielsweise zur Beschulung der Kinder der Geflüchteten, sollen geklärt werden, bevor das geplante Abkommen am 31. Mai 2016 den Kabinetten beider Bundesländer vorgelegt wird. „Das ist ein Gebot der

Menschlichkeit, der guten Nachbarschaft“, kommentierte der für die Landesimmobilien wie die Erstaufnahmeeinrichtungen zuständige Finanzminister Christian Görke die Einigung gegenüber der Sendung „Brandenburg Aktuell“ des RBB.

Das besondere Gartenfest

Das Stadtmuseum hatte am 21.05.2016 wieder zum traditionellen Gartenkonzert im Bauensemble Jüdisches Ritualbad und Synagogendienerhaus eingeladen. Für mich war das schon zum 3. mal ein kultureller Höhepunkt, den ich sehr gern wahrnehme, nicht nur wegen dem leckeren Kuchen der in freier Natur immer noch am besten schmeckt. Ca. 60 überwiegend ältere Leute, darunter viele inzwischen bekannte Gesichter, waren ebenfalls der Einladung gefolgt. Die kleine Gartenanlage war damit voll belegt. Zum Konzert mit russischen und jiddischen Liedern spielte das Trio Scho,



eine in Deutschland lebende russische Musikgruppe, auf. Mit ihren gefühlvol-

immer wieder überrascht, was für wunderschöne Lieder zur jüdischen Kultur gehören. Umso betroffener und unfassbarer macht es, wenn man sich in der Ausstellung mit jüdischen Bräuchen, der Geschichte und dem Schicksal der jüdischen Bürger während der Zeit des Faschismus in Schwedt beschäftigt. Es ist gut, dass dieses Bauensemble erhalten geblieben ist. Es ist zu einem sehens- und erlebniswerten Kleinod jüdischer Kultur geworden, das nicht nur zum jährlichen Gartenkonzert interessierte Besucher anlockt.

len und auch fröhlichen Liedern konnte das Trio die Besucher begeistern. Ich bin

len und auch fröhlichen Liedern konnte das Trio die Besucher begeistern. Ich bin

teressierte Besucher anlockt.

Sylvia Anklam

INKONTAKT 2016

Wer zählt die Firmen, nennt die Namen – die sich auf der INKONTAKT 2016 vorstellen?

Bei wunderschönem Sommerwetter fand die nun bereits 12. Messe INKONTAKT in Schwedt statt. Die Kinder hatten sicher viel Spaß an sportlichen Aktivitäten. Viele Menschen informierten sich bei den mehr als 200 Ausstellern über ihre Produkte und Dienstleistungen. Bei verschiedenen Trägern konnte man u.a. den Blutdruck und den Blutzucker messen lassen. Das

wurde auch von vielen vor allem älteren Menschen angenommen. Das Highlight



waren sicher die Hubschrauberrundflüge, die angeboten wurden. Ich habe

mich für die günstigere Variante entschieden und hatte, aus dem Korb des Krans der Firma Brandt, eine tolle Sicht über die INKONTAKT, die Stadt und den angrenzenden Nationalpark Unteres Odertal.

Doris Meyner

Termine

Stadtvorstand	23.06.16 16.30	Fraktionsraum
Mitgliederversammlung	24.06.16 17.00	KOMM
Kreisvorstand	06.07.16	
Stadtvorstand	14.07.16 16.30	Fraktionsraum
Fest der LINKEN	25.06.16	Berlin, Luxemburg-Pl.

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

17.06.16	Thomas Tenner	zum 73. Geburtstag
10.07.16	Madlen Bismar	zum 48. Geburtstag
11.07.16	Lieselotte Köppen	zum 91. Geburtstag

Wir trauern um

Herbert Neumann, verstorben am 11.05.16
im Alter von 88 Jahren



Rainer Sturm/ pixelio.de

„Meinst Du, die Russen wollen Krieg?“

Am 22. Juni 1941 überfiel die faschistische Wehrmacht die Sowjetunion. Es begann ein rassistischer Vernichtungskrieg, barbarisch, total, bis heute ohne gleichen. 27 Millionen Sowjetbürger verloren ihr Leben. An sie möchten wir gedenken. Wir können nicht laut genug bekräftigen: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Zum Gedenken und gegen das Vergessen laden der Vorstand und die Fraktion DIE LINKE die BürgerInnen unserer Stadt an das sowjetische Ehrenmal auf dem Neuen Friedhof ein. Das Gedenken findet am **Mittwoch, den 22. Juni um 17 Uhr** statt.

Frieden in Europa gibt es nicht gegen, sondern nur mit Rußland!

Zum Guten Schluss

Nach der Freigabe des Fitnessparcours für alle Generationen auf dem Rasenhang oberhalb des Geländes Fischerei Zahn wurde rechtzeitig vor dem Sommer die Schwedter Liegewiese am Kanal eröffnet. Der Freundeskreis Flussbadestelle hat aus eigenen Mitteln Strandkörbe und Liegematten für die Sonnenterasse angeschafft. Bei schönem Wetter steht dem Vergnügen für Sonnenhungrige nichts mehr im Wege. Mit der Flussbadestelle wird es aber wohl nichts werden. Zu hoch der Aufwand für die Stadt. Baden also auf eigene Gefahr. Wer sich trotzdem nicht davon abhalten lassen will, nur zu. Die ersten Mutigen sollen es ja bereits versucht haben.

KoppHoch erscheint monatlich. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt.

Redaktionsschluss der Ausgabe 07/2016: 10.07.16, Abholtermin: 18.07.16

Impressum

Herausgeber:

Stadtvorstand der Partei DIE LINKE. Schwedt

V.i.S.d.P.:

Sylvia Anklam

Redaktion:

M.Gohl, S.Anklam

Gestaltung:

A. Grote, D.Meyner

Druck:

Druckerei Wippold

Vertrieb:

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE. Schwedt

Sprechzeiten

Geschäftsstelle

Auguststraße 2, Zi. 207/208
Mo-Do 10-12 Uhr

Leiter der Geschäftsstelle

Di, 10-12 Uhr

Finanzen

Mo, 04.07.16, 10-14 Uhr

Mo, 25.07.16, 10-12 Uhr

Kontakt und Adressen

DIE LINKE Stadtverband

Schwedt/Oder

Auguststraße 2, 16303 Schwedt

e-mail: schwedt@dielinke-uckermark.de

Tel./Fax: (03332) 31928

Webseite: <http://www.dielinke-uckermark.de>

DIE LINKE Schwedt/Oder

Fraktion SSV

Tel. 839334

Auguststraße 2, 16303 Schwedt